

Vor 40 Jahren:

Grenada - Eine große Revolution in einem kleinen Land

In den letzten Jahren hat sich die ila-Redaktion erfreulicherweise verjüngt. In ihr arbeiten inzwischen zahlreiche Leute mit, die bei der ila-Gründung 1975 noch längst nicht geboren waren. Von ihnen kam die Idee, von Zeit zu Zeit historisch interessante ila-Artikel aus früheren Jahrzehnten neu zu veröffentlichen. Im März 2019 jährt sich zum 40. Mal der Aufstand gegen die Diktatur Eric Gairys auf der kleinen Karibikinsel Grenada. Am 13. März 1979 hatte in dem Land mit gerade einmal 90 000 Einwohner*innen eine Gruppe linker Aktivist*innen in den Morgenstunden die einzige Armeekaserne des Landes ohne nennenswerte Gegenwehr (die meisten Soldaten schliefen noch) gestürmt, danach die Radiostation besetzt und bekannt gegeben, Gairy sei gestürzt und eine Revolutionäre Volksregierung habe die Macht übernommen. Daraufhin gingen Tausende auf die Straßen, feierten ausgelassen und machten aus dem Handstreich linker Oppositioneller tatsächlich eine *People's Revolution*. Während der Aufstand in Nicaragua und die Machtübernahme der sandinistischen Guerillero/as am 19. Juli 1979 weltweit Menschen faszinierte und bald zum Entstehen einer starken Nicaragua-Solidaritätsbewegung führte, wurde die „Revo“ in Grenada weitaus weniger zur Kenntnis genommen. Zumindest in den „weißen“ Ländern Europas. Die politisierten Afroamerikaner*innen in den USA verfolgten dagegen gespannt die revolutionären Maßnahmen der schwarzen *brothers and sisters* in dem kleinen englischsprachigen Inselstaat vor der Küste Venezuelas.

In der ila war es früher so, dass jedes Redaktionsmitglied für ein Land „zuständig“ war. Anders als heute, wo auch die meisten jüngeren Redaktionsmitglieder schon mehrmals in Lateinamerika waren, kannten Anfang der 1980er-Jahre nur wenige aus der ila den Kontinent und speziell „ihr“ Land aus eigener Anschauung. Von den Studierenden, die in der Gruppe in der Mehrheit waren, waren nur zwei Frauen einmal in Lateinamerika gewesen. Von den „Alten“, damals diejenigen, die zwischen Ende 20 und maximal 40 Jahre alt waren, hatten zwei oder drei dort für einige Jahre als „Entwicklungshelfer*innen“ gearbeitet. Ihre Informationen bezog die ila im wesentlichen aus sieben oder acht deutschsprachigen Tageszeitungen, die die verschiedenen Redaktionsmitglieder individuell bezogen. Daraus schnitten sie täglich die Artikel zu Lateinamerika aus und verteilten sie in die Länderfächer im ila-Büro. Dazu hatte die ila einen täglichen Regionaldienst der Deutschen Welle abonniert sowie die spanische Tageszeitung *El País*, zwei linke Wochen- bzw. Monatsmagazine aus den USA, Solizeitschriften aus Europa und Nordamerika sowie linke lateinamerikanische Periodika, die wegen der in den meisten Ländern herrschenden Diktaturen überwiegend von Exilgruppen in Europa herausgegeben wurden.

Als Gert Eisenbürger, heute einer der Veteranen der ila-Redaktion, Ende 1980 als Erstsemester in die Gruppe kam, wurde überlegt, welches Land er „übernehmen“ könnte. Da die meisten süd- und mittelamerikanischen Staaten bereits „besetzt“ waren und Gert zudem noch kein Spanisch verstand, entschied die Redaktion, er solle zur englischsprachigen Karibik arbeiten, um die sich bis dahin niemand gekümmert hatte. Während die deutschsprachige Presse kaum über diese Region berichtete, fand er in den linken US-Zeitschriften relativ viel über die linksreformistische Regierung Michael Manleys in Jamaica und die Revolution in Grenada. Um mehr und vor allem kontinuierlicher etwas darüber zu erfahren, abonnierte die ila auf Vorschlag eines die Karibikregion gut kennenden Journalisten die kritisch-linksliberale Monatszeitschrift „*Caribbean Contact*“, die von der *Caribbean Conference of Churches* herausgegeben wurde. Gert berichtete in der Redaktion über das, was er da zu Grenada las, und meinte, dort sei ein ähnlich wichtiger Prozess im Gange wie in Nicaragua. Das ila-info (so hieß die ila bis Februar 1988) müsse darüber berichten. So erschien im Mai 1982 erstmals ein Themenheft zur Karibik. Während heute ein ila-Schwerpunkt zwischen 30 und 35 Seiten umfasst, bestand er damals in der Regel aus zwei oder drei Beiträgen mit einem Gesamtumfang von maximal zehn bis zwölf Seiten. Da die meisten englischsprachigen ostkaribischen Inseln und das niederländischsprachige Suriname erst in den siebziger Jahren unabhängige Staaten geworden waren, schlug Gernot Wirth, damals der inoffizielle Chefredakteur, den Titel „Karibik – Wer ersetzt die Kolonialstrukturen?“ vor. Der Schwerpunkt bestand aus drei Artikeln, einem zur linken Opposition auf Dominica (nicht zu verwechseln mit der Dominikanischen Republik), einem zu den Kämpfen um die politische Ausrichtung der mit einem reformistischen Programm angetretenen Militärregierung Surinames (am Ende setzten sich dort die Rechten um den heutigen Präsidenten Boutrose durch) und einem dritten zur Revolution in Grenada, gleichzeitig der erste längere Beitrag, den Gert für das ila-info schrieb. Zum 40. Jahrestag der grenadinischen Revolution veröffentlichen wir diesen Artikel auf den folgenden Seiten noch einmal. Im Anschluss gibt es einen Nachtrag zur weiteren Entwicklung und dem brutalen Ende des revolutionären Prozesses in Grenada.

P.S. Die jüngeren ilas fanden es authentischer, die „historischen“ ila-Artikel im Original-Layout der Zeit nachzudrucken. Obwohl die Veteran*innen den Text lieber neu gesetzt und layoutet hätten, weil sie sich daran erinnerten, wie froh sie waren, als sich die ila 1985 endlich vom Schreibmaschinensatz verabschieden konnte und sich ein „professionelles“ Schriftbild leisten konnte, ließen sie sich vom Nachdruck im damaligen Layout überzeugen.

Das neue Grenada: Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Monokultur und Einmischung

Die Situation Grenadas vor 1979 war sehr typisch für die eines durch offene koloniale Strukturen und Abhängigkeiten geprägten Entwicklungslandes, die besonders die Situation der Karibik kennzeichnen. Obwohl die Sklaverei bereits 1838 aufgehoben wurde und die Zahl der weißen Kreolen heute relativ gering ist, "... bestimmt auch auf Grenada die seit der Periode der Sklaverei tradierte (= hat sich so entwickelt) Rassen/Klassenhierarchie die Staatsverhältnisse, wobei die Masse der Bevölkerung und unabhängig davon, ob sie Besitzer bzw. Pächter von Klein- und Kleinstbetrieben oder Lohnarbeiter sind, in ärmlichen Verhältnissen lebt; ihr gegenüber steht eine kleine meist farbige Oligarchie." 1)

DIE POLITIK DES ERIC GAIRY 1951 - 1979

Die politische Situation Grenadas wurde seit 1951 vor allem durch Eric Gairy bestimmt. Seine politische Karriere begann 1951 mit der Organisation eines Generalstreiks, der als Ausbruch eines erwachenden schwarzen Bewußtseins die Grundlagen des Kolonialsystems und der alleinigen Herrschaft des Großgrundbesitzes (Plantokratie) erschütterte. Als Gairy im Verlauf dieses Ausstands von der Kolonialverwaltung verhaftet und verbannt wurde, kam es zu gewalttätigen Protestaktionen, die schließlich erst nach seiner Freilassung und der Legalisierung seiner Gewerkschaft durch einen Appell Gairys zu Ruhe und Ordnung beendet wurden. Besonders unter den Landarbeitern und Kleinpächtern hatte er sich eine breite Basis erworben, da sie am meisten unter dem Großgrundbesitz zu leiden hatten und in Gairy erstmals ein Symbol schwarzer Stärke erblickten, das in der Lage war, sich gegen die Weißen durchzusetzen. So war es nicht verwunderlich, daß Gairy mit seiner Partei G.P.P. (ab 1953 G.U.L.P. - Grenada United Labour Party) bei den Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung 1951 einen überwältigenden Sieg erringen konnte. In der Folgezeit war Gairys politische Entwicklung jedoch besonders durch eine enge Kollaboration mit der britischen Kolonialverwaltung (Grenada erhielt erst 1967 die innere Selbstverwaltung und 1974 die völkerrechtliche Unabhängigkeit von Großbritannien) und seine persönliche Bereicherung geprägt. Zwar konnten nach 1951 einige Farbige, vor allem aus seiner Anhängerschaft, einen sozialen Aufstieg schaffen, die sozioökonomischen Grundlagen des Plantagensystems wurden jedoch nicht angetastet und damit an den elenden Lebensverhältnissen der Landbevölkerung nichts wesentlich verändert.

Obwohl seit den 50er Jahren durch Ausweitung des Handels und eine Erschließung des Tourismus eine gewisse Verbreiterung der Wirtschaft eingetreten ist, basiert die Ökonomie Grenadas nach wie vor auf der Landwirtschaft und hier vor allem auf der Exportproduktion. Die Landwirtschaft hatte 1969 einen Anteil von 30 % am Bruttosozialprodukt und bestritt 82 % der Exporterlöse. Nach 1980 kamen 81 % der Exporteinnahmen Grenadas aus dem Export von drei landwirtschaftlichen Produkten: Kakao, Bananen und Muskatnüsse. Kakao und Bananen werden großflächig auf Großplantagen produziert während die Muskatnüsse auf kleinbäuerlichen Parzellen angebaut werden.

Ein entscheidendes Kennzeichen der Sozialstruktur Grenadas vor 1979 war die extrem hohe Arbeitslosigkeit, die auf etwa 50 % geschätzt wurde und die ständig im Steigen begriffen war. Die auf der Exportwirtschaft basierende Ökonomie exportierte was sie produzierte und importierte was sie konsumierte. Damit wurde der Aufbau einer größeren lokalen Produktion, die die

Vorraussetzung für den Abbau der Arbeitslosigkeit wäre, verhindert. Auch der sich entwickelnde Tourismus brachte keine entscheidenden Impulse für die Entwicklung einer lokalen Verarbeitung - fast alles, was die Touristen in Grenada konsumierten - Nahrungsmittel, Getränke bis hin zu Souvenirs - wurde importiert. Gairy und die herrschende Clique hatten auch gar kein Interesse an der Entwicklung des Landes, sie waren sehr stark im Handelssektor (Import-Export) engagiert und waren damit diejenigen, die neben den ausländischen Exporteuren von einer solchen Wirtschaftsstruktur profitierten. Unterdessen wurde es für immer mehr Grenader unmöglich, sich ihren Lebensunterhalt auf der Insel zu sichern - ihnen blieb nur die Emigration. Heute leben außerhalb Grenadas, vor allem in den USA, mehr Grenader (Schätzungen sprechen von 400 000) als auf der Insel. Die Verschärfung der Einwanderungskontrolle vieler Gastländer erschwerte die Möglichkeit der Auswanderung und führte damit zu einem Anwachsen der sozialen Spannungen in den siebziger Jahren.

Während sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung rapide verschlechterten (hohe Arbeitslosigkeit und ständiger Reallohnabbau durch die steigenden Preise der Importwaren des ständigen Bedarfs bei nur geringen Lohnerhöhungen) und die Unzufriedenheit überall zunahm, entwickelte sich das Regime Gairy immer mehr zu einer korrupten und repressiven Diktatur, hinter einer demokratischen Fassade. Vor allem nach der Gewährung der inneren Autonomie 1967 und der Unabhängigkeit 1974 betrachteten Gairy und seine Clique sowie die aufgeblähte Bürokratie, die fast durchweg aus inkompetenten aber loyalen Günstlingen

SPENDENAUFTRUF

„Unsere Kinder sind unser Reichtum“ heißt ein Motto der grenadischen Revolution. Über den demokratischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt des Landes entscheidet die Ausbildung der kommenden Generation. Als eine der ersten Maßnahmen wurden alle 66 Grundschulen Grenadas gründlich repariert. Was aber heute vielfach noch fehlt, sind Bücher, Lehr- und Schreibmaterial.

In der Schule von St. Pauls, einem Dorf im Südwesten der Insel, müht sich die Leiterin um einen Unterricht, der die Kinder besser auf den Aufbau des Lan-

des vorbereitet. Aber viele Schüler können nie mitschreiben, weil sie weder Stifte noch Hefte haben. Dänen und Deutsche, die im letzten Jahr in Grenada waren, haben deshalb beschlossen, die Schüler von St. Pauls mit Schulschachen zu unterstützen.

Aufgrund der neuen Datenschutzgrundverordnung können wir die damals angegebene Kontaktadresse und Kontonummer nicht zeigen.

Gairys bestand, die Verfügungsgewalt über den Staatsapparat als Mittel, ihre Geschäfte abzusichern und ihr Einkommen zu beziehen.

Diese Herrschaft verteidigte Gairy gegen den aus allen gesellschaftlichen Bereichen entstehenden Widerstand durch Wahlbetrug und ständig wachsende Repression. Neben der regulären Armee und der Geheimpolizei diente Gairy dafür seine, "von chilenischen Spezialisten" ausgebildete Privatarmee, die "mongoose gang". Die chilenische Militärjunta wurde der wichtigste Verbündete und Waffenlieferant Gairys, was 1977 durch einen militärischen Beistandspakt auch offiziell verdeutlicht wurde. Gute Beziehungen pflegte Gairy daneben auch zur nordamerikanischen Maffia.

DIE WIDERSTANDSBEWEGUNG GEGEN DAS GAIRY-REGIME UND DIE REVOLUTION VON 1979

In der Zeit nach 1951, in der vor allem Gairy das politische Geschehen in Grenada bestimmte, traten einige wesentliche Änderungen in der Sozialstruktur der grenadischen Gesellschaft

ein. Obwohl die Landwirtschaft weiterhin dominierender Wirtschaftszweig blieb, ging die Zahl der in diesem Sektor hauptsächlich beschäftigten - Kleinbauern, Pachtbauern, Landarbeiter - beständig zurück (von 12 432 (1946) auf 8 662 (1971)), während die Zahl der überwiegend abhängig Beschäftigten in den städtischen Bereichen - Baugewerbe, Transport- und Kommunikationswesen, Dienstleistung, Handwerk und Kleinindustrie - deutlich zunahm (1971 insgesamt 15 694). Daneben stieg, wie schon weiter oben dargestellt, die Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten dramatisch an.



Sir Eric GAIRY, der gestürzte Premierminister der Karibik-Insel Grenada.

Vor allem die im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung große Zahl der Jugendlichen sah in diesem Staat unter Gairy weder Perspektive noch Zukunft. Die enormen Ziffern von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung und eine wirtschaftliche Situation, die nur zu einer Verschlimmerung der Lage führen konnte, brachte sie in Widersprüche zu diesem System. Es bedurfte aber eines äußeren Antriebs, um dieses Widerstandspotential freizusetzen und zu aktivieren. Dieser Impuls entwickelte sich schließlich aus dem Obergreifen der Black-Power-Bewegung auf die englischsprachige Karibik. Die in den 60er Jahren in den USA als Ausdruck eines neuen schwarzen Bewußtseins entstandene Bewegung fand ab 1968 eine starke Anhängerschaft an der gemeinsamen Universität der englischsprachigen Karibik, der "University of the West Indies" (mit je einer Zweigstelle auf Jamaica, Trinidad und Barbados). Von dort, wo Studenten aus der gesamten Karibik studierten, griff die Bewegung auf die verschiedenen Staaten über. Am 10. Mai 1970 kam es in Grenada zu der ersten Black-Power-Demonstration unter der Forderung "more jobs now", an der ca. 300 Jugendliche teilnahmen. Das Regime antwortete auf diese Entwicklungen mit einem Notstandsgesetz, das der Polizei weite Vollmachten gab und eine wesentliche Einschränkung der Grundrechte bedeutete. Bei weiteren Unruhen im Herbst 1970 kam es aufgrund dieses Gesetzes bereits zu Übergriffen und Verhaftungen.

Als direktes Ergebnis dieser Unruhen bildete sich unter dem Namen "Forum" eine erste Widerstandsgruppe von jungen Intellektuellen, deren Ziel es war, eine Wochenzeitung zum Aufbau einer politischen Oppositionsbewegung herauszubringen. Obwohl "Forum" nach einigen Monaten wieder einging, hatte sie jedoch als erster Organisationsversuch einer radikalen Opposition gegen das System in Grenada eine wichtige Bedeutung. Im Oktober 1978 entwickelte sich aus einer anderen Gruppe die "Movement for Assembly of Peoples" (MAP = Bewegung für Volksversammlungen), eine neue Oppositionsbewegung, die in ihren Zielsetzungen unter anderem vom tansanischen Ujamaa-Modell beeinflusst war.

Zur gleichen Zeit hatte in einer ländlichen Gegend im Südosten der Insel eine Gruppe unter dem Namen JEWEL (Joint of Endeavour for Welfare, Education and Liberation = Gemeinsames Bemühen um Wohlstand, Erziehung und Befreiung) begonnen, eine Genossenschaftsfarm mit einer Bücherei und einem eigenen Informationsblatt aufzubauen und unter der ländlichen Bevölkerung, die in Gairy teilweise immer noch den Held des Generalstreiks von 1951 sah, ein Bewußtsein über die Ursachen ihrer schlechten ökonomischen Lage und die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Veränderung zu entwickeln. Im März 1973 kam es dann zu einer Vereinigung der beiden Oppositionsgruppen JEWEL und MAP zum "New Jewel Movement" (NJM) unter Führung von Maurice Bishop, Ken Radix, Selwyn Strachon und Unison Whiteman. Kurz nach ihrer Gründung veröffentlichte die NJM ein Manifest, in dem sie ihre wesentlichen Ziele darlegte. Die NJM forderte unter anderem die Orientierung des Landes an den Bedürfnissen der Bevölkerung und nicht am Export, die Bildung von Kooperativen, grundlegende Verbesserungen im Erziehungs- und Gesundheitswesen, die Einführung von realistischen Mindestlöhnen, eine Verstaatlichung des Banken- und Versicherungswesens, eine Kontrolle des Außenhandels und eine aktive Beteiligung des Volkes am Entscheidungsprozeß. Am 4. November 1973 hielt die NJM ihren ersten Volkskongreß ab, an dem ca. 10 000 (!) Menschen teilnahmen. Diese Zahl darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die NJM zu diesem Zeitpunkt noch keine breite Volksbewegung war, sondern ihre Basis vor allem unter den Schülern, den arbeitslosen Jugendlichen und der radikalen Intelligenz hatte.

Dennoch kam es zu dieser Zeit bereits zu immer stärkeren Widersprüchen gegen Gairy auch von Seiten der Unternehmer, des bürgerlichen Mittelstandes und Teilen der Gewerkschaftsbewegung. Die Korruption und die Willkürherrschaft Gairys hatten mit der Zeit unvorstellbare Ausmaße angenommen. Lizenzen, Genehmigungen, Befreiung von Einfuhrzöllen usw. wurden nur nach Schmiergeldzahlungen an Gairy erteilt. Unternehmer, die Gairy nicht genehm oder loyal waren, hatten ihren Beschäftigten höhere Löhne zu zahlen als solche, denen der Regierungschef wohlgesonnen war. Schließlich sahen sich die Unternehmer auch durch Gairys persönliche ökonomischen Aktivitäten in ihren Möglichkeiten zunehmend eingeschränkt. Auch bei den staatlichen Angestellten herrschte eine große Unzufriedenheit über die Willkürpraxis Gairys und die Einstellung und Beförderung von völlig inkompetenten Günstlingen des Premierministers. In allen Betrieben versuchte Gairy mit starkem Druck seine eigene Gewerkschaft, die GMMWU, zu etablieren und den Einfluß anderer ihm nicht genehmer Gewerkschaften zurückzudrängen.

Die Unzufriedenheit der bürgerlichen Schichten manifestierte sich erstmals im "Komitee der 22" Ende 1973. Am 18. November 1973 wurden sechs führende Mitglieder der NJM von der "mongoose gang" zusammengeschlagen, verschleppt und gefoltert. Aus diesem Anlaß kamen 22 Organisationen (Schulen, Lehrerverbände, Handelskammer, einige Gewerkschaften und die Kirchen) zusammen und protestierten scharf gegen die Zwischenfälle und forderten die Bestrafung der Verantwortlichen und die Einsetzung einer Untersuchungskommission. Zur Durchsetzung der Forderung riefen sie einen Generalstreik aus, den sie - als Gairy ihnen teilweise entgegenkam - nach einer Woche wieder abbrechen. In der Folgezeit erhielt die NJM breiten Zulauf aus allen Bevölkerungskreisen, worauf das Regime mit verschärfter Repression reagierte. So wurde beispielsweise 1974 der Vater von Maurice Bishop ermordet. Die Repression konnte den Widerstand jedoch nicht brechen, sondern verstärkte nur den Haß auf Gairy und seine Helfer. Als 1976 Neuwahlen anstanden, entschloß sich die NJM zur Bildung einer Volksallianz mit der Traditionellen bür-

gerlichen Oppositionspartei GNP (Grenada's National Party) und einer kleinen rechtsgerichteten Partei. Trotz starker Behinderung im Wahlkampf und eines offensichtlichen Wahlbetrugs (es gab wesentlich mehr abgegebene Stimmen als Wahlberechtigte) erhielt die Volksallianz 48,5 % der Stimmen. Die Wahlen hatten für die weitere Entwicklung zwei wichtige Bedeutungen: zum einen war deutlich geworden, daß sich mit der NJM eine politische Alternative zu Gairy entwickelt hatte, die von einem Großteil der Bevölkerung getragen war, und zum anderen wurde durch den Wahlschwindel klar, daß über Wahlen und formaldemokratische Strukturen ein Sturz des Regimes nicht zu erreichen war. 1978 kam es zur Bildung der "Bank and General Workers Union" (BGWU) und damit zu einer organisatorischen Verankerung der NJM in der Gewerkschaftsbewegung, die bisher vor allem von Gairys "mit allen staatlichen Lock- und Drohmitteln ausgebauten Staatsgewerkschaft" GMMWU und einigen GNP-nahen Gewerkschaften kontrolliert war. Obwohl Gairy der BGWU die Anerkennung verweigerte, konnte er ihren wachsenden Einfluß nicht verhindern.

Somit hatte sich Anfang 1979 unter Führung der NJM eine breite Volksbewegung gegen das Regime gebildet, die für nationale Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit in Grenada eintrat.

Als Gairy im März 1979 zur Vollversammlung der UN nach New York reiste, ordnete er an, acht führende Mitglieder der NJM während seiner Abwesenheit zu ermorden. Als die NJM durch undichte Stellen in den Sicherheitskräften davon erfuhr, entschloß sie sich, zuzuschlagen.

In der Nacht zum 13. März gelang es einer Gruppe von ca 50 NJM-Sympathisanten, die Kaserne der Grenada Defence Force zu besetzen, die meisten Soldaten im Schlaf zu überwältigen und die Waffen zu erbeuten. Anschließend besetzten die Revolutionäre die Rundfunkstation und den Regierungspalast und riefen gegen Morgen die "Peoples' Revolutionary Government (PRG = Revolutionäre Volksregierung) unter Führung von Maurice Bishop aus. Im Verlauf des 18. März kam es zu einigen bewaffneten Auseinandersetzungen, bei denen insgesamt zwei Menschen starben.

Obwohl die Machtübernahme der PRG mehr wie ein Handstreich ablief, zeigten die Ereignisse der ersten Tage, die Mobilisierung von Tausenden von Freiwilligen für die NJM und die Revolutionäre Volksregierung, die Unterstützungserklärung für die PRG aus allen relevanten Sektoren der Gesellschaft und die aktive Unterstützung der Revolutionäre aus der Bevölkerung (durch Nahrungsmittel usw.), daß es sich um eine wirkliche Revolution handelte. Wie die Widerstandsbewegung war auch die PRG der Ausdruck eines breiten Bündnisses - dem zwar mehrheitlich Vertreter der NJM angehörten, daneben aber auch Vertreter aus der GNP (und damit aus dem bürgerlichen Mittelstand) und der Gewerkschaftsbewegung.

DIE WIRTSCHAFTLICHEN MAßNAHMEN DER VOLKSREGIERUNG

"Wir werden unseren Weg erkunden. Aber wir werden die notwendigen Schritte, welche das auch immer sein mögen, tun, um größere Kontrolle über unsere Ressourcen zu bekommen und die imperialistische Beherrschung unserer Wirtschaft zu beenden." 2)

Mit diesen Sätzen charakterisierte der Ministerpräsident Maurice Bishop die Leitlinien seiner Wirtschaft der Revolutionären Volksregierung.

Ähnlich wie die Revolutionsjunta in Nicaragua verfolgt auch die PRG in Grenada das Konzept einer gemischten Wirtschaft, in der Staats- und Privatbetriebe nebeneinander existieren. Bisher wurde nur das Eigentum Gairys verstaatlicht, der Privatbesitz aber ansonsten nicht angetastet. Nach Auffassung der PRG ist zur Zeit noch die Versorgung des Landes nur über den

Bestand des Privatsektors sicherzustellen. Die PRG verfüge nicht über genügend Fachleute, um diese Branche nationalisieren und erfolgreich führen zu können. Bei den derzeit bestehenden Staatsbetrieben handelt es sich im wesentlichen um die etwa 30 Staatsfarmen, die ca 40 % des nutzbaren Bodens umfassen, sowie um einige Touristikbetriebe. Daneben hat der Staat in Grenada noch die "National Commercial Bank" übernommen und die Importbehörde "National Import and Marketing Board" eingerichtet, die bisher aber nur die Einfuhr von einigen Grundnahrungsmitteln und Baustoffen übernommen hat. Entsprechend der Wirtschaftsplanung der PRG soll der Schwerpunkt in den nächsten Jahren eindeutig auf dem Gebiet der Landwirtschaft liegen. Das Ziel ist dabei eine Diversifikation und eine Steigerung der Produktion von Grundnahrungsmitteln für die Bevölkerung. Dabei soll vor allem bisher brachliegendes Land nutzbar gemacht werden, da die PRG auf die Beibehaltung zumindest eines Teils der Exportflächen angewiesen ist, um notwendige Devisen zu bekommen. Daneben sieht die Planung auch ein umfangreiches Strukturprogramm für die ländlichen Gebiete vor, das sowohl die Produktion steigern als auch die Lebensverhältnisse der Landbevölkerung verbessern soll. Ein weiteres Ziel ist der verstärkte Aufbau von ländlichen Kooperativen. Die zweite Säule der Wirtschaftsplanung ist der Aufbau einer eigenen Agrarindustrie, durch die die landwirtschaftlichen Produkte bereits im eigenen Land weiterverarbeitet werden können. Der Tourismus soll als wichtiger Devisenbringer weiterhin gefördert und ausgebaut werden. Er soll aber unter staatliche Kontrolle gestellt werden und in erster Linie die eigene Wirtschaft fördern, anstatt alle wesentlichen Produkte, wie unter Gairy einzuführen. Ebenfalls ausgebaut werden soll auch der Fischfang, der bisher kaum entwickelt war. Davon verspricht sich die PRG eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Eiweiß. Mit kubanischer Unterstützung wurde bereits eine Fischereischule eingerichtet, geplant ist auch der Bau einer Eisfabrik mit mehreren Kühlhäusern, um auch größere Mengen Fisch anlanden zu können. Durch die Förderung von Kooperativen, den Ausbau der Staatsfarmen, die Realisierung verschiedener Infrastrukturmaßnahmen und durch erste positive Auswirkungen des Wirtschaftsprogramms ist es der PRG gelungen, die Arbeitslosenquote von etwa 50 auf knapp 30 % zu senken (was immer noch sehr viel ist).

POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE REFORMEN

Die Hauptziele der politischen und gesellschaftlichen Reformen lagen bisher darin, die Strukturen der Gairy-Zeit zu überwinden und die Bevölkerung zu mobilisieren, gemeinsame Initiativen zur Verbesserung ihrer Lage zu unternehmen.

Ein Schwerpunkt in der ersten Phase der Revolution war ohne Zweifel der Ausbau des Erziehungswesens. 1979 wurde unter der Beratung des brasilianischen Volkspädagogen Paulo Freire das "Zentrum für Volksbildung" aufgebaut, das mit der Beteiligung von etwa 3 000 Freiwilligen eine große Alphabetisierungs- und Weiterbildungskampagne durchgeführt hat. In einer anderen nationalen Kampagne wurden die bestehenden, teilweise sehr heruntergekommenen Schulen bzw. Gemeindezentren renoviert. Daneben wurden Programme wie kostenlose Schulmilch an allen Schulen und freies Essen an vielen Schulen eingerichtet. Die Schulgebühren für weiterführende Schulen wurden stark gesenkt und sollen langfristig ganz abgeschafft werden. Außerdem bezahlte die PRG wieder den Anteil Grenadas für die University of the West Indies, den Gairy nach Einsetzen der Black-Power-Unruhen kurzerhand gestrichen hatte. Damit eröffnete die PRG jungen Grenadern wieder die Möglichkeit eines Studiums. Im Rahmen eines nationalen Gesundheitsprogramms wurden für alle Dörfer und Ort-

schaften Gesundheitsposten ausgebildet und mit Verbandszeug und den notwendigen Basismedikamenten ausgerüstet. Ein weiterer Schwerpunkt der NJM bei der Konsolidierung der Revolution liegt in der Förderung der politischen Organisation der Bevölkerung. Über die Massenorganisationen (Jugendorganisation, Frauenliga, Volksmilizen und Gewerkschaften) und Räten auf verschiedenen Ebenen und Bereichen versucht die NJM, die Partizipation der Bevölkerung an der Neuorganisation von Staat und Gesellschaft zu realisieren.



Grenadas jüngster Freiwilligenlehrer, Lyndon Adams of L'Esterre, rechts Premierminister M. Bishop

Ein erklärtes Ziel der grenadischen Revolution ist es auch, der Frau eine aktivere Rolle in der Gesellschaft zu ermöglichen. In der Nationalen Frauenliga sind heute 1/3 der grenadischen Frauen organisiert. Zu den Rechten, die die Frauen seit der Revolution durchsetzen konnten, gehören u.a.: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Schwangerschaftsurlaub für ledige und verheiratete Frauen, Förderung der Weiterbildung von Frauen. Es wurde ein Büro für Familienplanung eingerichtet, das allen zugänglich ist und das über verschiedene Methoden zur Empfängnisverhütung aufklärt. Darüberhinaus wurde eine Kommission gebildet, welche Schullehrpläne und Schulbücher auf Rollenklischees hin untersuchen soll.

BEDROHUNGEN DES REVOLUTIONÄREN PROZESSES

Der Neugestaltungsprozeß in Grenada war von Anfang an einer Vielzahl von inneren und äußeren Bedrohungen ausgesetzt. Es sind vor allem die reaktionären Regime in der Karibik und die USA, die dem freien Grenada feindlich gegenüberstehen. Die Regierung der größten Nachbarinsel Trinidad begegnete der PRG von Anfang an mit Ablehnung und Boykott. Der Regierungschef der Nachbarinsel St. Vincent, Cota, bat sogar während des Umsturzes im März 1979 die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien um eine Intervention. Zwischen Grenada und Barbados, einem der wichtigsten Verbündeten der USA in der östlichen Karibik, ist es mittlerweile zu einem regelrechten "Krieg der Worte" gekommen.

Die USA hatten mehrmals deutlich gemacht, daß sie in ihrem selbsternannten Hinterhof kein zweites Kuba zulassen würden. Bereits knapp einen Monat nach der Revolution warnte der US-Botschafter den grenadischen Premierminister, daß die USA mit Mißfallen alle Tendenzen Grenadas betrachten würden, engere Bande mit Kuba zu knüpfen.

Aus den verbalen Mißfallenskundgebungen der USA sind mittler-

weile, besonders seit dem Amtsantritt der Reagan Administration, massive Destabilisierungsmaßnahmen geworden. Da gibt es zum einen eine propagandistische Offensive gegen den Ministaat, die einerseits wohl als Rechtfertigung für die verschiedenen ökonomischen und militärischen Maßnahmen und andererseits zur Beeinträchtigung des für Grenada als Devisenbringer wichtigen Tourismus dienen soll. In diesem Zusammenhang formulierte beispielsweise US-Präsident Ronald Reagan: "Die Karibikinsel Grenada wird von totalitären Marxisten kontrolliert; kubanische Berater bilden dort zur Zeit Guerillas für subversive Tätigkeiten gegen andere Länder - wie z.B. den demokratischen Nachbarstaaten Grenadas, Trinidad und Tobago aus." 3)

Auf wirtschaftlichem Gebiet versuchen die USA vor allem den Kreditfluß für Grenada zu stoppen und den Tourismus als wichtigen Devisenbringer zu beeinträchtigen. In der karibischen Entwicklungsbank (CDB) und der Weltbankgruppe, in denen die USA als der größte Einzahler auch den größten Einfluß haben, versuchen sie, die Finanzhilfe für Grenada zu unterbinden. Durch Druck auf die US-Touristikunternehmen brachte das State-Department den Touristenstrom aus den USA, die bisher die größte Gruppe der Grenada-Touristen stellten, zum Erliegen. Ein gewisses Echo in der bundesdeutschen Presse erweckte die Diskussion zwischen den USA und der EG über eine europäische Finanzhilfe für den Bau eines zur Landung großer Maschinen geeigneten Flughafens auf Grenada, das derzeit per Flugzeug nur über die Nachbarinseln Barbados und Trinidad erreicht werden kann. Diese beiden, dem Prozeß in Grenada feindselig gegenüberstehenden Nachbarstaaten könnten jederzeit ihren Flughafen für Grenadaturisten schließen und damit den Tourismus auf der Nachbarinsel zum Erliegen bringen. In dem Flughafenprojekt, das bereits von Gairy geplant war und von internationalen Touristikunternehmen unterstützt wurde, sehen die USA plötzlich einen Militärflughafen für sowjetische und kubanische Truppen. Als Beweis für diese Behauptung wurde der Einsatz kubanischer Techniker beim Bau genannt. Der Druck aus den USA bewirkte, daß sich fünf EG-Staaten - darunter die Bundesrepublik - nicht an der internationalen Konferenz über die Finanzierung des Projektes im April 1981 in Brüssel, zu der die Regierung Grenadas eingeladen hatte, teilnahmen.

Neben den wirtschaftlichen strangulierungsversuchen gibt es auch militärische Drohungen seitens der USA. In diesem Zusammenhang ist vor allem das Seekriegsmanöver "Ocean Venture 81" im August 1981 zu sehen, das die größte militärische Übung in der Karibik seit Jahren darstellte. Im Rahmen dieses Manövers probten US-amerikanische, britische und niederländische Truppen auch eine Invasion auf der Grenada sehr ähnlichen US-Halbinsel Vieques. Daneben werden die Nachbarinseln Grenadas verstärkt aufgerüstet und insbesondere Barbados und Antigua zu US-Stützpunkten ausgebaut.

"Warum die USA, die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien und die westindischen Nachbarn eine feindliche Haltung einnehmen, liegt nicht in der militärischen Bedrohung, die von Grenada ausgehen könnte, sondern eher in der Signalwirkung eines sozialistischen 'freien Grenadas' für die ganze Karibik." 4) Daß diese Furcht nicht ganz unbegründet ist, zeigt die Tatsache, daß sich in den letzten Jahren in fast allen karibischen Staaten starke linke Oppositionsgruppen herausgebildet haben. Daher versuchen die USA und die reaktionären Mächte der Region mit allen Mitteln das revolutionäre Grenada zu destabilisieren. Auch innerhalb Grenadas gibt es noch bewaffnete konterrevolutionäre Aktivitäten, die sich in einer Reihe von blutigen Anschlägen ausdrücken. Am 19. April 1980 starben drei junge Frauen durch ein Bombenattentat, dem Maurice Bishop nur knapp



Tausende gingen am 20. Juni 1980, einen Tag nach dem Bombenanschlag des "Bloody Sunday" auf die Straße
Foto: AIB 3/82

SOLIDARITÄTS VERANSTALTUNG

"DAS NEUE GRENADA"

Diskussion mit Ulrich Stewen, der vor kurzem in Grenada war und dort an der internationalen Solidaritätskonferenz teilnahm.

MONTAG 17.5.82 - 20 UHR

KATH. STUDENTENGEMEINDE BONN
(ADENAUERALLEE 63)

VERANSTALTER:
INFORMATIONSTELLE LATEINAMERIKA

entgehen konnte. Inwieweit die Vorwürfe der grenadischen Regierung, daß der CIA an diesen Anschlägen beteiligt gewesen sei, zutreffen, kann man von hier aus natürlich nicht beurteilen; angesichts der großen Anzahl übler Praktiken des US-Dienstes - z.B. die diversen Attentatsversuche des CIA gegen Fidel Castro - ist eine Beteiligung des CIA an dem Attentat in Grenada keinesfalls auszuschließen.

DIE AUßENPOLITIK DES FREIEN GRENADA

Die Außenbeziehungen Grenadas unter Gairy waren durch eine starke wirtschaftliche Abhängigkeit von der einstigen Kolonialmacht Großbritannien und der Europäischen Gemeinschaft und - wie schon dargestellt - durch eine enge politische und militärische Kooperation mit dem chilenischen Militärregime des Generals Pinochet gekennzeichnet.

Seit der Revolution bekennt sich Grenada zum Prinzip der Blockfreiheit. Auf der 6. Gipfelkonferenz der Blockfreien, die 1979 in Havanna stattfand, wurde Grenada mit kubanischer Unterstützung zu einem der Vizepräsidenten der Bewegung gewählt. Dies bedeutet nicht nur einen großen diplomatischen Erfolg für den Kleinstaat, sondern kann Grenada auch etwas Schutz vor einer möglichen militärischen Aggression bringen. Aus ähnlichen Erwägungen heraus dürfte wohl auch der Beitritt der NJM zur Sozialistischen Internationalen erfolgt sein, einer Organisation, der eine ganze Reihe von Regierungsparteien der westeuropäischen Verbündeten der USA (z.B. die SPD) angehören. Ebenfalls dem Ziel der Absicherung des revolutionären Prozesses nach außen diente die "1. Internationale Solidaritätskonferenz mit dem Volk von Grenada", an der am 23.-25.11.1981 Vertreter aus 40 Ländern teilnahmen.

Im ökonomischen Bereich versucht die PRG die einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten durch eine Aufsplitterung der wirtschaftlichen Beziehungen zumindest teilweise abzubauen. Neben der Fortsetzung der Wirtschaftsbeziehungen vor allem zu den EG-Staaten (Grenada ist assoziiertes Mitglied der EG) wurde eine stärkere Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern und den Staaten der Dritten Welt angestrebt und teilweise auch realisiert. Am besten deutlich wird diese Intention der PRG zur "Verteilung der Abhängigkeiten" in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit: "Grenada erhielt Hilfszusagen von fast allen Ländern des RGW, von einigen OPEC-Ländern (Libyen, Algerien und vor allem Venezuela, das seit längerem eine sehr offensive Politik in der Karibik betreibt. Technische Hilfe

erhielt Grenada von einigen Entwicklungsländern (Nicaragua, Tansania, Kenia) aber - wenn man Kuba ausnimmt - immer noch bei weitem mehr von der EG, dem IWF, und der Karibischen Entwicklungsbank (CDB), in die auch die USA und die Bundesrepublik einbezahlen".⁵⁾ Es wird aber durch die US-amerikanische und britische Boykottpolitik für Grenada immer schwieriger, Gelder von den oben angesprochenen multilateralen Kreditgebern (IWF, CDB, EG) zu bekommen.

WAS WIRD DIE ZUKUNFT BRINGEN?

In dem knappen Rahmen dieses Artikels war es nur möglich, die nach meiner Meinung wesentlichsten Aspekte der Entwicklung Grenadas herauszuarbeiten. Vor allem in den Abschnitten über die nachrevolutionäre Entwicklung konnten nur Generallinien der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und vor allem der Außenpolitik des freien Grenada aufgezeigt werden.

Andere wichtige Aspekte konnten nicht weiter ausgearbeitet werden, weil dazu kein ausreichendes Material vorlag - vor allem nicht über den Bereich der innenpolitischen Entwicklung nach der Revolution: die Frage nach Inhalt und demokratischer Struktur der Massenorganisationen, die Analyse der Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung, das Ausmaß der Kontroll- und Mitbestimmungsrechte der Räte auf den verschiedenen Ebenen und in den verschiedenen Bereichen, die Frage nach der Kooperationsbereitschaft der Privatunternehmer, die ja im wesentlichen die Wirtschaft kontrollieren, mit der PRG usw. Ich hoffe, es ist deutlich geworden, welche Prioritäten die PRG gesetzt hat, welche wichtigen Maßnahmen ergriffen wurden, um die Befriedigung der Grundbedürfnisse und die Mobilisierung der Bevölkerung zu erreichen. Es wurde aber auch deutlich, wie eng der Spielraum der revolutionären Regierung Grenadas ist:

- die Wirtschaft und der Außenhandel, die nach wie vor wesentlich von Privatunternehmern und damit von Privatinteressen dominiert werden, weil die Revolutionsregierung nicht über genügend Fachleute verfügt, um diese Bereiche wirkungsvoll kontrollieren und verwalten zu können.
- Trotz des Ziels einer Orientierung der Landwirtschaft an den Bedürfnissen der Bevölkerung bleibt angesichts des kapitalistischen Weltmarktes - dessen Güter das Land braucht und dem es nur die Produkte der landwirtschaftlichen Monokultur anbieten kann - der Zwang, die Exportproduktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen weiterhin fortzusetzen, um die notwendigen Devisen zu erwirtschaften.

die weltwirtschaftlichen Abhängigkeiten und die Abhängigkeiten von den internationalen Kapitalgebern bestehen weiter.

Ober diese Schwierigkeiten des freien Grenada, die übrigens ähnlich auch für Nicaragua, Mozambique, Angola u.a. gelten, müssen wir uns als Solidaritätsbewegung im klaren sein. Auch diese Länder sind, wie die gesamte Dritte Welt, den Zwängen und Abhängigkeiten des kapitalistischen Weltmarktes unterworfen, der den Spielraum revolutionärer Prozesse wesentlich einengt. Diese befreiten Staaten versuchen eine Gesellschaft zu errichten, die sich diesen Zwängen nicht bedingungslos unterwirft, sondern die sich den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit nach Nahrung, medizinischer Versorgung, Wohnung, Bildung usw. verpflichtet sieht und versucht, eine möglichst breite Beteiligung des Volkes an den Entscheidungsprozessen zu erreichen. Die revolutionären Regierungen, insbesondere die in Grenada, sind außerdem mit der enormen Aufgabe konfrontiert, die Jugendlichen, die mit Abstand größte Bevölkerungsgruppe des Landes, in die Wirtschaftsstruktur zu integrieren und ihnen eine Perspektive zu bieten.

Daß es unter diesen Bedingungen zu Schwierigkeiten und auch zu Widersprüchen kommt, steht außer Frage. Gerade aber auch die Schwierigkeiten und Probleme eines Landes, das versucht

seinen eigenen Weg zu gehen und diese Probleme zu lösen, verdeutlichen für uns die Notwendigkeit einer kritischen aber entschiedenen Solidarität mit diesem Prozeß.

Gert Eisenbürger

- 1) Schulze, Rainer-Olaf: "Grenada" in Nohlen, D. Nuscheler, F. (Hrsg.): Handbuch der 3. Welt, Bd III, Hamburg 1976, S 197
- 2) zit. nach: Walker Annette: "The New Jewel Revolution in Grenada" in NACLA Jan./feb. 1980
- 3) Reagan, Ronald: "Frieden und Freiheit für die 80er Jahre" in Europa Archiv 15/1980
- 4) Nuscheler Franz: "Das freie Grenada - ein kubanischer Brückenkopf in den kleinen Antillen?" Lateinam. Komitee Duisburg (Hrsg) in Revolution im Hinterhof der USA, Duisbg. 1982, S 22
- 5) Nuscheler F. a.a.O. S 21

Quellen:

Informationszentrum für Guayana und die Karibik (Hrsg.): Grenada Dokumentation Hamburg 1981
 Jacobs, Richard W. und Jacobs, Ian: Grenada - The Route to Revolution, Havanna 1981
 Nuscheler Franz: Das 'Freie Grenada': Ein kubanischer Brückenkopf in den kleinen Antillen? in Revol. im Hinterhof d. USA LAK Duisburg 1982
 Schulte, Reiner Olaf 'Grenada' in: Nohlen, Dieter und Nuscheler F. Hrsg.: Handb. 3. Welt, d.III, Hambg. 1976, S 196-199
 Wlter, Annette: 'The New Jewel Revolution in Grenada' in NACLA Jan./Feb. 1980
 Stewen, Ulrich: Grenada, gefährliche Revolution in epd Entwicklungspolitik Nr 4/5 1980

Das blutige Ende einer Revolution

VON GERT EISENBÜRGER

Ein gutes Jahr nachdem ich den hier neu veröffentlichten Artikel geschrieben hatte, konnte ich im Juli 1983 selbst für mehrere Monate nach Grenada reisen. In meiner damaligen, von Projektionen geprägten Haltung hatte ich mir vorgestellt, dass die Leute dort von einer revolutionären Stimmung beseelt seien und mit großem Elan den Aufbau einer neuen Gesellschaft vorantrieben. Aber weit mehr erregte in den ersten Wochen meiner Anwesenheit die alljährliche Wahl des „Calypso-Monarch“ die Gemüter. Im Vorfeld des Karnevals – in Grenada im August – werden die Calypso-Queen oder der Calypso-King in zahlreichen Ausscheidungswettbewerben gekürt. Überall wurde leidenschaftlich diskutiert, wem die Krone gebührte und die Songs der Teilnehmer*innen waren von morgens bis abends im „Radio Free Grenada“ zu hören. Auch in der Wochenzeitung „Free West Indian“, dem Organ der Revolutionsregierung, stand die Frage nach dem „Calypso Monarch“ im Zentrum aller Debatten. Was ich im Nachhinein äußerst sympathisch finde, hatte mich damals eher befremdet, es passte nicht mit meiner Vorstellung einer revolutionären Gesellschaft zusammen, dass den Leuten Musik und Tanz wichtiger waren als Politik. Warum eigentlich? Wenn man die Grenadiner*innen aber auf die Revolution ansprach, hatten alle etwas zu sagen. Auf den Comrade Bishop, also Premierminister und Revolutionsführer Maurice Bishop, ließ kaum jemand etwas kommen, auch die meisten Regierungsmitglieder waren sehr beliebt. Eher verhalten sprachen viele Leute über den stellvertretenden Premier und Minister für Handel, Finanzen und Planung, Bernard Coard. Der sei sicher ein sehr kluger Mann, hieß es öfter, aber da schwang meistens ein „aber mögen tue ich ihn nicht“ mit. Nicht ohne Misstrauen sprachen sie über die vielen jungen Leute in den Ministerien und Projekten der revolutionären Volksregierung. Ihr Eifer war manchen suspekt.

Soweit ich es mitbekommen habe, war die Beteiligung an den Organen der *People's Participation* auf lokaler Ebene sehr groß (die *People's Assemblies* auf Kreis- und Landesebene waren noch in der Planungsphase). Auf den Versammlungen standen Vertreter*innen der Ministerien Rede und Antwort und erklärten, was die nächsten Vorhaben der Regierung seien. Dann sprachen die Bewohner*innen die akuten Probleme vor Ort an und es wurde besprochen, wie die zu lösen seien. Auch die „Massen“organisationen und Gewerkschaften waren, nach dem was ich bzw. die anderen Internationalist*innen hörten, Orte lebendiger Diskussion und nicht einfach Transmissionsriemen der Partei, wie es in den realsozialistischen Ländern der Fall war. Überhaupt schien die Regierungspartei *New Jewel Movement* keine große Rolle zu spielen. Dachte ich zumindest.

Doch dann kam der 15. Oktober 1983. In den Morgennachrichten von „Radio Free Grenada“ hörten wir, Maurice Bishop sei unter Hausarrest gestellt worden. Auf einer Sitzung der Führung des *New Jewel Movement* sei beschlossen worden, dass Grenada künftig von einer kollektiven Führung regiert werden sollte. Dies habe der Premierminister nicht akzeptiert, woraufhin es unumgänglich gewesen sei, ihn unter Hausarrest zu stellen, bis das weitere Vorgehen geklärt sei.

Offensichtlich war es Vizepremier Bernard Coard in den Monaten zuvor gelungen, die eher ein Schattendasein fristende Revolutionspartei unter seine Kontrolle zu bringen und zum Instrument seiner Ambitionen zu machen. Während sich Bishop und die meisten Regierungsmitglieder aus der Parteiarbeit zurückzogen, hatten Bernard Coard, seine Frau Phyllis und der Minister für Nationale Mobilisierung, Selwyn Strachon, eine Reihe sehr junger Kader um sich gescharrt und sie von der Notwendigkeit einer marxistisch-leninistischen Neuausrichtung der grenadinischen Revolution überzeugt. Die versöhnlerische Haltung von Maurice

Bishop gegenüber der Bourgeoisie und die basisdemokratischen Experimente gefährdeten die Revolution. Allein die Partei müsse die führende Rolle spielen.

Jenseits des ideologischen Geschwätzes ging es Coard darum, den populären Bishop zu entmachten und selbst an die Spitze zu rücken. Der Vorschlag der „kollektiven Führung“ sah vor, dass die Regierung offiziell von Coard und Bishop gemeinsam geführt werden sollte, wobei für Coard die Rolle des politischen Koordinators, also des „starken Mannes“ vorgesehen war, während Bishop nur noch die Regierungspolitik nach außen kommunizieren sollte. Coard hatte seinen Coup gut vorbereitet, er hatte einige Offiziere der kleinen Armee mit einbezogen, die bei der entscheidenden Sitzung des

Gegen Abend wurde im Radio erklärt, ein Militärrat habe die Macht übernommen. Maurice Bishop und seine Anhänger hätten in unverantwortlicher Weise gehandelt und das Militär gezwungen, die Ordnung wiederherzustellen. Außerdem wurde eine totale Ausgangssperre verhängt, niemand dürfe das Haus verlassen, wer auf der Straße angetroffen würde, würde bestraft.

Die Revolution war damit unwiderruflich zu Ende. Die Regierung Reagan in Washington nutzte die Gunst der Stunde. Am 25. Oktober landeten US-Truppen in Grenada. Fidel Castro, dem ein enges Vertrauensverhältnis zu Maurice Bishop nachgesagt wurde, erklärte nach der US-Invasion, die grenadinische Revolution habe am 19. Oktober Selbstmord begangen, die US-Marines hätten danach

nur noch Leichenschändung betrieben.

Die Putschisten und Mitglieder des Militärrates wurden verhaftet, die politischen Verhältnisse, die vor dem März 1979 geherrscht hatten, weitgehend wiederhergestellt. Eric Gairy kehrte nach Grenada zurück, musste aber feststellen, dass er keinen Rückhalt mehr auf der Insel besaß. Statt seiner wurde eine konservative Regierung installiert. In den Wahlen, die nun alle paar Jahre stattfinden, gewinnen meistens die Konservativen, manchmal auch die Liberalen. Der Versuch einiger überlebender Revolutionäre, mit dem *Maurice Bishop Patriotic Movement* eine linke Kraft zu formieren, fand relativ wenig Unterstützung und löste sich nach einigen Jahren wieder auf.

Die großen Investitionen aus den USA, auf die manche gehofft hatten, blieben aus, es entstanden lediglich ein paar

neue Hotels der gehobenen Kategorie und ein großer Landungssteg in der Hauptstadt, an dem alle paar Tage ein Kreuzfahrtschiff anlegt. Viele neue Jobs brachte das alles nicht, sodass die Jungen, wenn sie irgendwie können, sich – wie früher – in Richtung Trinidad, Nordamerika und Großbritannien aufmachen. ■



Zentralkomitees anwesend waren und Maurice Bishop festsetzten, als er erwartungsgemäß das Konstrukt der „kollektiven Führung“ ablehnte.

Nahezu die ganze Insel war geschockt, als sie die Nachricht von der Absetzung des Comrade Bishop hörten. Niemand konnte es glauben. Nach einem Tag Fassungslosigkeit begann sich Widerstand zu regen. Es gab Streiks, erste Demos, Schüler*innen verließen die Schule und skandierten „No Bishop, no school“. Am fünften Tag, dem 19. Oktober, waren mehr als zehntausend Leute auf den Beinen. Auf Lkw-Ladeflächen oder zu Fuß strömten sie in die Hauptstadt. Am späten Vormittag vertrieb eine riesige Menschenmenge die Soldaten, die Maurice Bishop in seinem Hausarrest bewachten. Der Premierminister traf sich sofort mit Regierungsmitgliedern und Gewerkschaftern, um 14 Uhr wollte er auf dem Marktplatz sprechen. Gegen 13 Uhr tauchten mehrere Armeefahrzeuge auf, begannen in die Menge zu schießen und fuhren mit hoher Geschwindigkeit zum Fort Rupert, einer alten kolonialen Festung am Hafen, wo sich Bishop und seine Regierung berieten. Die Soldaten stürmten das Fort und erschossen Bishop, die wichtigsten Minister und Gewerkschafter. Im Laufe der Militäraktion wurden 14 Menschen in der Kleinstadt getötet und zahlreiche verletzt. Einer der Verletzten starb wenige Tage später.

■ impressum

Herausgabe: Informationsstelle Lateinamerika (ila) e.V., Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 53111 Bonn • Telefon 0228 - 65 86 13 • E-mail ila-bonn@t-online.de • Internet www.ila-web.de • ISSN 0946-5057 • Kontoverbindung: IBAN DE89 3701 0050 0058 3995 01 • Die ila erscheint 10 x im Jahr • Einzelpreis 6,- €

Redaktion: Wiebke Adams, Hans Georg Aldenhoven, Alix Arnold, Sigrid Becker-Wirth, Uwe Bennholdt-Thomsen, Frederik Caselitz, Barbara Eisenbürger, Gert Eisenbürger (V.i.S.d.P.), Eduard Fritsch, Ralf Heinen, Laura Held, Mirjana Jandik, Gaby Kleinen-Rätz, Gaby Küppers, Werner Rätz, Naomi Rattunde, Bettina Reis, Henry Schmahfeldt, Barbara Schuchard, Lena Voigtländer, Britt Weyde, Gernot Wirth

Die ila-Redaktion dankt Helmut Schaaf herzlich für eine großzügige Spende, mit der der Druck dieser ila-Beilage finanziert werden konnte.